



„Jeder fährt, wohin er will“

Asyl Hunderttausende kommen nach Deutschland. Aber wie geht es weiter? Die Registrierung hakt, die Verteilung ebenso – auch weil viele Flüchtlinge andere Pläne haben als die Behörden.



Flüchtlinge auf dem Weg von Passau nach Zwickau: „Enorme Weiterwanderungsbewegung“

Fatima B. packt schon wieder ihren Koffer. Die 50-jährige Syrerin steht vor einem grünen Feldbett einer provisorischen Flüchtlingsunterkunft im niedersächsischen Brake und lächelt müde. Ihre lange Flucht aus der zerbombten Stadt Homs ist noch nicht zu Ende.

Eigentlich sollte die alte Schule in Brake das neue Zuhause von Fatima B., ihrem Sohn und ihrer Schwiegertochter werden, zumindest vorübergehend. So dachten es sich die deutschen Behörden. Doch Fatima B. will zurück nach Bayern. „Wir fahren zu meinem Mann, meinem zweiten Sohn und meinem kleinen Enkel, die sind schon vor ein paar Monaten nach Deutschland gefahren“, berichtet sie, „sie haben in Bayern einen Asylantrag gestellt.“

Das habe sie auch gesagt, als sie Ende Oktober über die österreichische Grenze nach Deutschland gekommen sei. Aber niemand habe auf sie gehört. Die Flüchtlinge sollten anscheinend nur schnell weitergeleitet werden, weg von der Grenze, raus aus Bayern. Nach einem Zwischen-

stopp in München habe sie sich in einem von 80 Flüchtlingsbussen wiedergefunden, die Richtung Norden fahren.

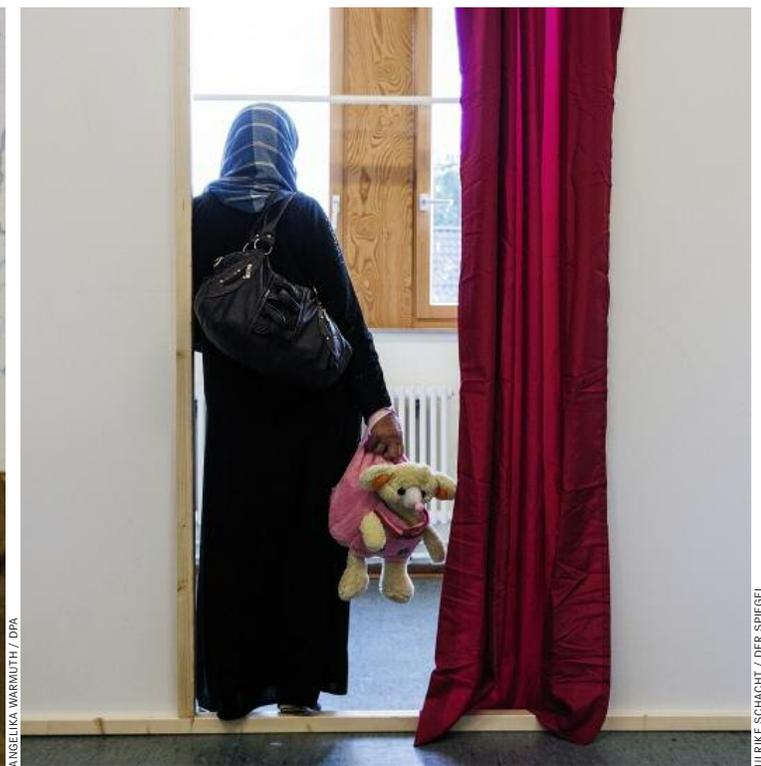
Nach vielen Stunden Fahrt lud der Bus Fatima B., ihre beiden Verwandten und 75 andere Flüchtlinge in Brake ab, einer kleinen Stadt an der Unterweser. Aber dort mochten nur wenige Ankömmlinge bleiben. „Einige wollten gleich weiter nach Schweden, wo Verwandte oder Freunde lebten, ein Afghane hielt mir sein Handy entgegen, in das er Aachen eingetippt hatte“, sagt Peter Deyle vom Deutschen Roten Kreuz (DRK). Nach der ersten Nacht waren von den 78 Flüchtlingen aus dem Bus nur noch 25 in den ehemaligen Schulräumen in Brake.

„Reiseschwund“ nennen Helfer und Beamte das Phänomen: In vielen eilig errichteten Notunterkünften werden schon nach kurzer Zeit wieder jede Menge Betten frei. Im sächsischen Döbeln kamen am Sonntag mehr als 300 Flüchtlinge in der Erstaufnahme an. Als das DRK am Mittwoch durchzählte, waren noch 90 Asylbewerber

vor Ort. Mehr als 200 waren verschwunden – ohne vorläufige Aufenthaltsgestattung, ohne Gesundheitscheck.

Im hessischen Main-Taunus-Kreis verschwänden bis zu 50 Prozent der Neuankommlinge innerhalb der ersten 48 Stunden, sagt ein Sprecher der Kreisverwaltung. Der Leiter der rheinland-pfälzischen Erstaufnahmeeinrichtungen, Frank-Peter Wagner, spricht von einer „enormen Weiterwanderungsbewegung“. Die meisten Flüchtlinge, die sich nach ein oder zwei Nächten in der Unterkunft mit meist unbekanntem Ziel wieder auf den Weg machen, sind noch nirgendwo in Deutschland namentlich registriert worden.

In Berlin haben Union und SPD gerade tagelang darüber gestritten, ob Flüchtlinge nach ihrer Ankunft in Deutschland künftig in „Transitzonen“ oder doch in „Einreisezentren“ versammelt werden sollten. Unterdessen plagten die Verantwortlichen in vielen Kommunen und Bundesländern andere Sorgen: Zwischen 150 000 und 300 000 Menschen, so die Schätzungen, lebten mo-



Landkarte am Bahnhof in Passau, Syrerin Fatima B. im niedersächsischen Brake: Weg von der Grenze, raus aus Bayern

mentan irgendwo in Deutschland oder seien unterwegs zwischen Unterkünften, Lagern und Bahnhöfen, ohne dass jemand ihre Herkunft, ihre Identität oder ihr Ziel kenne.

Eine Ursache für das Chaos: Bund, Länder und Kommunen arbeiten mit Registrierungssystemen, die nicht miteinander kompatibel sind. Manche Flüchtlinge würden vier-, fünfmal von unterschiedlichen Behörden mit unterschiedlichen Merkmalen in unterschiedlichen Computersystemen erfasst – andere wiederum gar nicht, beklagt der rheinland-pfälzische Koordinator Wagner und fordert „dringend ein einheitliches System, das die Flüchtlinge von der Erstaufnahme bis zum Abschluss des Asylverfahrens begleitet“.

Das derzeit eingesetzte bundesweite Ersterfassungssystem namens „Easy“ nimmt nicht einmal die Namen der Flüchtlinge auf. „Easy-Buchungen erfolgen anonymisiert“, heißt es beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf). In der Eingabemaske des Systems könnten „nur das Herkunftsland der Asylbegehrenden und deren Personenzahl“ sowie familiäre Verbindungen eingetragen werden – entsprechend den Angaben der Flüchtlinge. „Eine Überprüfung findet in Easy noch nicht statt“, so das Bamf.

Das System dient nur dazu, die Asylbewerber nach festgesetzten Quoten auf die 16 Bundesländer zu verteilen: 12,97496 Prozent der Ankommenden sollen nach Baden-Württemberg, 3,08092 Prozent nach Brandenburg. So genau, bis auf fünf Stellen hinterm Komma, haben die Politiker die Verteilungsraten nach dem „Königsteiner Schlüssel“ festgelegt.

Dumm nur, dass die Flüchtlinge häufig andere Interessen haben. Viele wollten

nicht in ein zugewiesenes Lager, sondern zu Verwandten oder Landsleuten, die in einer anderen Stadt lebten, sagt DRK-Mann Deyle. Großstädte seien beliebt, weil sie die Aussicht auf eine bessere Zukunft, auf Jobs und eine lebendige Community aus dem eigenen Sprach- und Kulturkreis böten, sagt Flüchtlingsberater Bernhard Zepf von der Caritas in Frankfurt am Main. „Im Moment ist das ein komplett rechtsfreier Raum“, sagt Zepf, „jeder fährt, wohin er will.“

Oft verabschieden sich die Reisenden noch vor der Easy-Registrierung aus den Aufnahmelagern. Zeit dafür ist in der Regel genug. Im Main-Taunus-Kreis bei Frankfurt hatte der Landrat Anfang Oktober den „Katastrophenfall“ erklärt, nachdem die Landesregierung ihn aufgefordert hatte, übers Wochenende Unterkünfte für 1000 Flüchtlinge bereitzustellen. Die ersten 200 Menschen kamen wie angekündigt in der Nacht vom 12. auf den 13. Oktober an. Als drei Tage später weitere 354 Flüchtlinge mit Bussen in den Landkreis gebracht wurden, waren von der ersten Gruppe nur noch etwa 100 übrig. Ihre „Registrierung“ bestand zu diesem Zeitpunkt in der Ausgabe bunter Bändchen durch die Kreisverwaltung, um die Ausgabe von Essen und Decken zu organisieren.

Erst mehrere Tage nach den ersten Flüchtlingen, am 22. Oktober, ließ sich ein „mobiler Registrierungsstrupp“ des Landes Hessen in einer Notunterkunft des Kreises blicken, berichtet Kreissprecher Johannes Latsch. Die Beamten bauten Laptops und Drucker auf, machten Fotos von den Flüchtlingen, speicherten Namen und Geburtsdaten. Diese Informationen landeten in einem Erfassungssystem Hessens, das jedoch schon im Nachbarland Rheinland-

Pfalz nicht mehr einsehbar ist. Zudem besuchten die Beamten an diesem Tag nur zwei der drei Hallen. Bis auch die Flüchtlinge in der dritten Halle registriert waren, dauerte es noch mal zehn Tage.

Mit der amtlichen Registrierung werden die Flüchtlinge verpflichtet, in der zugewiesenen Einrichtung zu bleiben, im Gegenzug erhalten sie Sach- oder Geldleistungen. Danach nehme die Wanderungsbewegung spürbar ab, sagen die Behörden. Eine Bamf-Sprecherin beziffert den weiteren „Reiseschwund“ nach der Registrierung auf etwa zwölf Prozent: „Dieser Anteil kommt bei der zuständigen in Easy festgelegten Zielaufnahmeeinrichtung nicht an.“ Manche Flüchtlinge, so das Amt, reisten vermutlich in Richtung Skandinavien weiter – oder auch nur in andere Bundesländer, wo sie sich erneut registrieren ließen.

Für die überlasteten Behörden ist es derzeit fast unmöglich, solche Doppelregistrierungen aufzuspüren. In Baden-Württemberg werden persönliche Daten der Flüchtlinge in einem System namens Migvis gespeichert, inklusive Fingerabdrücke. Das Nachbarland Rheinland-Pfalz hat ein anderes System, ohne Fingerabdrücke. Ein Abgleich zwischen den Daten ist nicht möglich. „Die Systeme der Länder passen eben nicht zusammen“, sagt der rheinland-pfälzische Einrichtungsleiter Wagner.

Die Datenbanken der Länder sind auch nicht mit der Fingerabdrucksammlung Afis-A beim Bundeskriminalamt, dem Polis-System der Polizei oder der europaweiten Flüchtlingsdatenbank Eurodac vereinbar, auch aus Datenschutzgründen. Das Ergebnis: „Niemand kann derzeit eine wirklich seriöse und verlässliche Zahl nennen, wie viele Flüchtlinge gerade in Deutschland



sind, wie viele davon vielleicht schon woanders einen Asylantrag gestellt haben und wo genau sie sich aufhalten“, klagt ein verantwortlicher Landesbeamter.

Möglicherweise bessert sich die Lage ein wenig durch die geplanten Registrierzentren für Flüchtlinge aus sicheren Herkunftstaaten, auf die sich die Große Koalition am Donnerstag geeinigt hat. Zudem arbeitet das Bamf nach eigener Auskunft daran, einen länder- und behördenübergreifenden Datenaustausch zu ermöglichen. Im Moment werde eine „umfangreiche Machbarkeitsstudie erstellt“, sagt die Bamf-Sprecherin.

Das Bundesamt erfasst Asylbewerber erst dann in seiner zentralen Datenbank, wenn das Asylverfahren offiziell begonnen hat – also derzeit oft mehrere Monate nach der Ankunft der Flüchtlinge. Es bearbeitet die Verfahren dann mit seinem Programm Maris. Dafür müssen allerdings persönliche Daten der Flüchtlinge noch einmal komplett neu erfasst werden, inklusive Foto und Fingerabdrücke. Zudem ist der Stau riesig: Im Oktober konnten die Bamf-Leute gerade mal 53 000 Asylerstanträge annehmen, während gleichzeitig 181 000 Neuzugänge von Asylsuchenden im Easy-System registriert wurden.

Unter Flüchtlingen hat sich herumgesprochen, dass es ein Jahr oder länger dauern kann, bis man in Deutschland als Flüchtling anerkannt wird. Wer damit rech-

Keiner der Helfer kann den Flüchtlingen zusagen, dass sie in der Stadt bleiben können.

nen müsse, so lange in einer Unterkunft zu sein, werde genauer überlegen, ob er dort bleiben wolle, sagt Bernd Mesovic von der Menschenrechtsorganisation Pro Asyl: „Dass es beispielsweise in manchen Gegenden Ostdeutschlands nicht gerade angenehm für Flüchtlinge ist, haben viele von ihnen schon mitbekommen.“

Also bleiben oder weiterfahren? Am Hauptbahnhof von Frankfurt am Main melden sich täglich etwa 500 Flüchtlinge an der Hilfsstation an Gleis 24 und fragen um Rat. Dass sie in der Stadt bleiben können, kann keiner der Helfer in den blauen Blousons zusagen. Ihr Angebot an die Flüchtlinge: Sie können abends um 19 Uhr in einen Bus steigen, der sie nach Gießen bringt, etwa 70 Kilometer von Frankfurt entfernt. Dort gibt es das große Erstaufnahmehaus des Landes, in dem sie sich registrieren lassen müssten. Anschließend würden sie vermutlich dahin weitergeschickt, wo gerade Plätze frei sind.

Die andere Möglichkeit: Die Flüchtlinge können sich im Zelt der Hilfsstation auf-

wärmen, einen Tee trinken oder auch in einem der 200 Betten übernachten, die in einem Seitenflügel des Gebäudes aufgestellt wurden.

Im Schnitt entschieden sich nur etwa 100 der 500 Ankömmlinge für die Fahrt nach Gießen, sagt Holger Volz, der die Hilfsstation für den Frankfurter Verein für soziale Heimstätten leitet. „Die anderen reisen spätestens am nächsten Tag weiter“, so Volz.

Die Polizei hält die Flüchtlinge nicht auf, trotzdem stockt die Wanderungsbewegung immer wieder. In Kiel etwa warteten Mitte dieser Woche rund 800 Flüchtlinge, um einen Platz auf der Fähre nach Göteborg zu ergattern. Doch derzeit gibt die Fährgesellschaft nur etwa 70 Tickets pro Tag an Flüchtlinge aus.

Esmail und Ahmed, zwei Brüder aus dem syrischen Tartus, sitzen vor einem ehemaligen C&A-Gebäude am Kieler Hafen, das als Notunterkunft dient. Die Brüder haben zwei Nächte in dem leer stehenden Kaufhaus verbracht, auf Matratzen auf dem kahlen Boden. Für jede Nacht bekommen sie ein Armband, erst grau, dann pink, dann rot. Sie hoffen, endlich einen Platz auf der Fähre zu bekommen, wenn sie fünf Bändchen gesammelt haben. Die Brüder wollen nach Schweden, weil da fast alle Englisch sprechen. Sie glauben, dort leichter einen Job zu bekommen.

Weil in Kiel die Notunterkunft tagsüber geschlossen ist, harren Flüchtlinge zu Hunderten am Ostseekai aus, sitzen auf Pappkartons auf dem Steinboden, gehüllt in Wolldecken. Viele Familien mit kleinen Kindern sind dabei, Ältere und Kranke.

Andernorts mussten Flüchtlinge schon erleben, dass sie gegen ihren Willen im europäischen Ausland landeten. Vor einer Bielefelder Flüchtlingsunterkunft im ehemaligen Hotel Oldentruper Hof fuhr vor ein paar Wochen eine Delegation aus Belgien vor. Man wolle dem Nachbarland 250 Flüchtlinge abnehmen. Stadt und Bezirksregierung waren angetan. In der Flüchtlingsunterkunft sollen die Belgier dann gezielt nach Fachkräften wie Ärzten und IT-Experten gesucht haben.

Nach dem Besuch fuhr ein Bus vor: 39 Asylbewerber packten ihre Habseligkeiten und stiegen ein. Einige hatten aber offenbar nur verstanden, dass sie in andere Unterkünfte gebracht werden sollten. Zwei afghanische Familien waren ziemlich erschrocken, als sie sich in Belgien wiederfanden, und kamen mithilfe einiger Afrikaner wieder zurück in den Oldentruper Hof. Weil sie zuvor in Deutschland noch nicht registriert wurden, nun aber offiziell in Belgien erfasst waren, müssen die Familien dorthin zurückkehren.

Matthias Bartsch, Hubert Gude, Barbara Schmid, Wolf Wiedmann-Schmidt, Steffen Winter

Mail: matthias_bartsch@spiegel.de